

# Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen  
nach der Anweisung der Postverwaltung  
entgegen. — Erscheint werktäglich.  
Preis pro Stück 10 Pf.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Abgabepreis für die Anzeigen  
in den Anzeigen für den Anzeiger  
in den Anzeigen für den Anzeiger  
in den Anzeigen für den Anzeiger  
in den Anzeigen für den Anzeiger

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1908

Nr. 84

Sonntag, den 11. April 1926

21. Jahrgang

### Rücktritt des französischen Innenministers.

Paris, 9. April. Gestern ist der schon lange erwartete Rücktritt Malvy von seinem Posten als Innenminister erfolgt. Die Demission Malvy gibt der Rechtsopposition Gelegenheit, einen starken Druck auf das Kabinett auszuüben, um die Ernennung eines Mitgliedes der Mittelparteien zum Nachfolger Malvys durchzusetzen. Infolgedessen ist eine ziemlich heftige politische Situation eingetreten.

Briand befindet sich in einer schwierigen Lage. Er kann einerseits die Stimmen der Mittelparteien nicht entbehren, wenn er nach Wiederzusammentritt der Kammer eine Mehrheit erhalten will. Andererseits aber setzen ihm die Parteien der Linken scharf zu, denn es ist seit einiger Zeit bekannt, daß Herriot zusammen mit den Sozialisten eine neue linksgerichtete Regierung bilden möchte. Die Entscheidung über diese Frage dürfte Ende dieses Monats fallen und von ihr wird die Zukunft des Kabinetts Briand abhängig sein.

In seinem Demissionschreiben an Briand erinnert Malvy zunächst daran, daß er, um es Briand am Vorabend der Genfer Beratungen zu ermöglichen, sein Friedenswerk fortzusetzen und um den Budgetausgleich zu ermöglichen, es für seine Pflicht gehalten habe, das Amt des Innenministers anzunehmen. Er habe geglaubt, daß es möglich sein werde, an der Seite Briands eine Politik der Loyalität, des Zusammenschlusses und der Einigung zu betreiben, denn die demokratische öffentliche Meinung habe ihm, Malvy, gezeigt, daß das Land über die Bedeutung der gegen ihn gerichteten Angriffe in Zweifel gewesen sei, aber man müsse mit denen rechnen, die durch seine Anwesenheit im Ministerium sich von Briand entfernen könnten und deren Weisand unerwünscht für die Durchführung seines Programms sein werde. Deshalb ersuche er Briand, ihn von seinem Amte zu entbinden, damit er seine volle Handlungsfreiheit wieder habe. — In seiner Antwort erklärte Briand, er glaube, ihn angesichts dieser Gründe nicht zur Zurücknahme veranlassen zu dürfen, er hoffe aber weiterhin auf seinen Weisand.

### Zusatzabkommen zum deutsch-französischen Teilabkommen.

Berlin, 9. April. Zwischen der deutschen und der französischen Regierung ist gestern in Paris ein kleines Zusatzabkommen zu dem deutsch-französischen Teilabkommen vom 12. Februar vereinbart worden. In diesem früheren Teilabkommen war Frankreich bekanntlich neben anderen Artikeln auch für ein Kontingent von 27 000 Doppelzentnern Gemüse die zolltarifartige Meißbegünstigung für einen Zeitraum von drei Monaten zugesagt worden, während Frankreich umgekehrt Deutschland für eine Anzahl von deutschen Ausfuhrwaren Zollermäßigungen gewährt hatte.

Da das Kontingent von 27 000 Doppelzentnern Gemüse bereits 14 Tage nach dem Beginn der Laufzeit (1. März) erschöpft war, hat die französische Regierung sich vor kurzem mit dem Wunsche an die deutsche Regierung gewandt, Frankreich während des dreimonatigen Laufs des Teilabkommens

noch einmal ein meißbegünstigtes Gemüsekontingent zu gewähren. Die deutsche Regierung hat sich im Hinblick auf den Widerstand, den schon das Teilabkommen vom 12. Februar beim deutschen Gemüsebau gefunden hatte, nur widerstrebend auf diesen französischen Wunsch eingelassen, hat aber schließlich das gleiche Kontingent von 27 000 Doppelzentnern Gemüse (außer Blumenkohl und sonstigen Kohlsorten) dann doch nochmals gewährt, nachdem die französische Regierung für eine Reihe von deutschen landwirtschaftlichen Erzeugnissen, nämlich Käse, Milch, Gemüse, Sämereien, Kartoffelstärke und Kartoffelstärke-Erzeugnissen und Holz, sowie für eine Anzahl wichtiger industrieller Ausfuhrerzeugnisse neue Zollzugeständnisse an Deutschland gemacht hatte.

Das Zusatzabkommen wird dem Reichsrat und dem Reichstag nach seinem Wiederzusammentritt am 27. d. M. zur Genehmigung vorgelegt werden. Das Abkommen wird aber schon vom 18. April ab vorläufig angewendet werden. Die Reichsregierung hat sich zu dieser vorläufigen Anwendung entschlossen, von der Erwägung ausgehend, daß einerseits der Wettbewerb des französischen Gemüses für den deutschen Gemüsebau um so weniger schädlich ist, je früher das Frankreich gewährte Gemüsekontingent ausgenutzt wird, und daß andererseits dann auch der deutschen Landwirtschaft und der deutschen Industrie ein um so längerer Zeitraum zur Verfügung steht, um die französischen Zollzugeständnisse auszunutzen. Die drei Monate laufen bekanntlich für die an Frankreich gemachten Zollzugeständnisse vom 1. März bis 31. Mai, während die drei Monate für die Deutschland gewährten Zollermäßigungen vom 1. April bis 30. Juni laufen. Frankreich hat danach also noch sechs Wochen Zeit für die Ausnutzung seines neuen Kontingentes, während für die Ausnutzung der Deutschland gemachten neuen Zugeständnisse noch 2 1/2 Monate zur Verfügung stehen.

Das Zusatzabkommen wird im Reichsanzeiger alsbald bekannt gemacht werden. Die Verhandlungen über den Hauptvertrag gehen weiter.

### Der dänische Außenminister über Deutschland und Dänemark.

Kopenhagen, 9. April. In der heutigen Nummer der „Politiken“ äußert sich Außenminister Graf Moltke über die außenpolitische Lage beim Schluß der Reichstagsession und kommt dabei auch auf das Verhältnis zwischen Deutschland und Dänemark zu sprechen. Er erklärt dazu: „Im Verhältnis zu unserem südlichen Nachbarn liegen eine Reihe neuer Momente vor, die alle gute Vorzeichen enthalten. Durch gegenseitiges Entgegenkommen sehen wir unmittelbar vor einer Lösung der Frage über die Kirchenverhältnisse in Helsingborg. Durch Verhandlungen sind wir einen Schritt weiter in der Ueberwindung der Schwierigkeiten gekommen, die als Folge des neuen deutschen Zollgesetzes entstanden sind. Graf Moltke erwähnt sodann die Erlaubnis zur Aufführung dänischer Schaupiele in Helsingborg und schließt: Endlich sind durch Einführung von Bestimmungen über die Ordnung der Schulverhältnisse für die dänischen Minderheiten südlich der Grenze deutschseits Schritte unternommen worden, die mit Freude zu begrüßen sind und die Gutes für die Zukunft versprechen, selbst wenn sie auch noch Anlaß zu Reibungen örtlichen Charakters geben können.“

### Ägyptisch-türkischer Handelsvertrag.

Angora, 9. April. Heute wird hier ein provisorischer ägyptisch-türkischer Handelsvertrag auf der Grundlage der Gegenseitigkeit unterzeichnet.

### Meuterei in Saloniki.

Athen, 9. April. Nach einem Bericht des Kriegsministeriums haben in der vergangenen Nacht in Saloniki drei Offiziere Teile der Garnison von Saloniki aufgewiegelt und sind nach der Ortschaft Kallitri marschiert. Der Beweggrund zur Meuterei ist materieller Art. Eine Division umzingelte schnell die Meuterer, die erklärten, die Bewegung richte sich nur gegen ihre Vorgesetzten und sie würden sich übergeben, wenn ihnen versprochen würde, daß diese Vorgesetzten durch andere ersetzt werden würden. Die Regierung stellte den Meuterern zur bedingungslosen Uebergabe eine Frist. Die Flotte begibt sich nach Saloniki. Telegramme aus allen Städten Mazedoniens und Thraziens und des Epirus sowie aus dem übrigen Griechenland berichten, daß überall Ruhe herrscht.

Athen, 10. April. Nach amtlichen Meldungen haben sich die Führer der Meuterei in Saloniki und ungefähr 200 Soldaten, die sich ihnen angeschlossen hatten, dem Kommandeur des Armeekorps von Saloniki bedingungslos ergeben. Die Meutereiführer werden vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

### Fortfall der Ausreisepaßkontrolle in Danzig.

Danzig, 8. April. Zum Zwecke der Verkehrs-erleichterung hat die Abteilung des Innern des Senats angeordnet, daß die Ausreisepaßkontrolle für Danziger und Ausländer nach Polen fortfällt. Weitere Erleichterungen sind geplant.

### Die amerikanische Abteilung der Internationalen Handelskammer über die Reparationszahlungen.

Washington, 9. April. In dem Bericht der amerikanischen Abteilung der Internationalen Handelskammer heißt es u. a.: Deutschland ist nicht in der Lage, alle künftigen Anforderungen des Dawesplanes zu erfüllen. Soll Deutschland Reparationszahlungen leisten, so ist die Wiedergewinnung und Ausdehnung seines Auslandsmarktes notwendig. Dieser Prozeß ist bereits im Gang, da erwartet wird, daß die Daweszahlungen im zweiten Jahre durchaus in Warenlieferungen bestehen werden. Das zweite Jahr stellt die Grenze der Leistungsfähigkeit der Reparationen dar, ist doch das Höchstmaß der Bereitwilligkeit der Alliierten erreicht. Leistungen in Waren anzunehmen. Der Bericht hebt den Zusammenhang zwischen den Reparationszahlungen und dem Schuldendienst für die von Amerika gegebenen Anleihen hervor. Sollten die Reparationszahlungen den Vorrang einnehmen und sollte der Dawesplan versagen, dann müßten neue Anleihen für den Schuldendienst aufgenommen werden.

### Verfallfrist türkischer Zinsscheine.

Berlin, 9. April. Nach einer Bekanntmachung des Verwaltungsrats der türkischen Staatsschuld wird der am 1. Mai 1911 fällige Zinsschein Nr. 16 der vierprozentigen türkischen Anleihe von 1903, sofern er nicht bis zum 9. Mai 1926 zur Einlösung präsentiert worden ist, zugunsten der türkischen Regierung für verfallen erklärt.

### Die Duellfrage.

Berlin, 9. April. Angesichts der Bedenken gegen die vom Reichstag und Reichsrat angenommene Wenderung des Militärstrafgesetzbuches, wonach Offiziere, die sich am Zweikampf beteiligen, aus dem Heere entlassen werden sollen, beabsichtigt man, einer Berliner Zeitungskorrespondenz zufolge, in den Kreisen der Reichsregierung einen neuen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem die Maßvorschrift in eine Kannvorschrift umgewandelt wird und in dem die Beamten und Offiziere gleichgestellt werden. Der Gesetzentwurf wird dem Reichstage voraussichtlich bereits bei seinem nächsten Zusammentreten vorliegen.

### Das Reich um eine Million betrogen.

Berlin, 10. April. Beamten der Poststelle Hamburg-Freihafen ist es nach Rettungsmeldungen aus Hamburg gelungen, umfangreichen Fuderfeuerhinterziehungen auf die Spur zu kommen, die bis vor kurzem von einem Hamburger Schwindelkönig verübt worden sind. Es steht schon fest, daß das Reich um etwa eine Million Mark geschädigt worden ist. In die Angelegenheit sind ungefähr 30 Kaufleute verwickelt.

### Weiterer leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Berlin, 9. April. Nach den bis jetzt vorliegenden Berichten der Arbeitsämter wird für die zweite Hälfte des März mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit um etwa vier Prozent gerechnet. Nach einer Berliner Zeitungskorrespondenz verzeichnen einzelne ländliche Bezirke einen Rückgang von über 10 Prozent, während in einzelnen Städten noch ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu beobachten ist.

### Die Entscheidung über die Fürstenabfindung.

Das Berliner Tageblatt teilt mit, daß das Reichskabinett in der kommenden Woche eine Sitzung abhalten werde, in der die Frage der Fürstenabfindung beraten werden soll. Ueber die Erledigung der beiden Gesetzesentwürfe, des Kompromißgesetzentwurfes und des zum Volkentscheid zu stellenden Entwurfes, sollen Anfang nächster Woche interfraktionelle Besprechungen zwischen den Regierungsparteien stattfinden, denen sich Beratungen der Reichsregierung mit den Führern dieser Parteien anschließen sollen. Die Veröffentlichung des amtlichen Ergebnisses des Volksbegehrens ist nach dem genannten Blatt für Sonnabend zu erwarten.

### Kentnertragung in Cassel.

Cassel, 9. April. In Cassel begann heute die Reichstagung des Deutschen Kentnerbundes, zu der Vertreter sämtlicher 28 Landesverbände, die 1360 Ortsgruppen mit über 350 000 Mitgliedern umfassen, erschienen waren. Nach Begrüßungsworten des Oberbürgermeisters Dr. Stadler, der ein Bild der großen Not der Kentner zeichnete, berichtete ein Vertreter der Bundesleitung über die im vergangenen Jahre geleistete Arbeit. Mit allen Kräften soll versucht werden, eine Verbesserung der Aufwertungs-gesetze zu erreichen. Ferner erhoffe man vom Reichstag die Annahme eines besondern Kentnerfürsorgegesetzes. Außerdem sei eine Entschädigungsfrage gegen das Reich eingereicht worden, die vor dem Berliner Landgericht in einer der nächsten Wochen zur Verhandlung kommen werde.